

Gesellschaftliche Grundwerte und christliche Verantwortung

Die Gesellschaftspolitische Perspektive des Katholikentages 1978 in Freiburg

Von Friedrich Kronenberg, Bonn *

In den letzten zwei Jahren hat eine Frage die öffentliche Diskussion maßgeblich mitbestimmt, die von uns Christen gleichsam auf die Tagesordnung des öffentlichen Gesprächs gesetzt wurde. Ich meine die Frage nach den Grundwerten unserer gesellschaftlichen und politischen Ordnung, nach der Bedeutung dieser Grundwerte für das Zusammenleben der Menschen in Gesellschaft und Staat und nach der Verantwortung, die wir als Christen für die Verwirklichung solcher Grundwerte tragen. Es ist nicht leicht, Fragen, die man für grundlegend hält, zum Gegenstand des Gesprächs und der Diskussion zwischen allen wesentlichen Gruppen und Kräften unserer Gesellschaft zu machen. Bei der Frage nach den Grundwerten ist uns dies gelungen. Es hat eine breite Diskussion gegeben und auch den Versuch ernsthafter Auseinandersetzung und echter Besinnung. Es lag daher nahe, daß das Zentralkomitee der deutschen Katholiken als Veranstalter des 85. Deutschen Katholikentages vom 13.—17. September 1978 in Freiburg überlegte, wie auch auf dem nächsten Katholikentag diese Grundwertediskussion fortgeführt werden kann. Es ist zwar nicht geplant, die Frage nach den Grundwerten in allen Formen „durchzukonjugieren“, trotzdem zeigen die Themen des Katholikentagsprogramms, wie sehr diese Frage ein wesentlicher Bestandteil der gesamten Thematik ist. Das Leitwort des Katholikentages „Ich will euch Zukunft und Hoffnung geben“ bleibt somit auch in seiner gesellschaftlichen Perspektive davor bewahrt, zu einem Lied von Tagträumern und utopistischen Ideologen zu werden, vielmehr zwingt das Fragen nach Grundwerten unseres Zusammenlebens dazu, die Fundamente freizulegen, die allein sich als tragfähig erweisen, Hoffnung und Zukunft für den gesellschaftlichen und politischen Bereich zu begründen.

Im übrigen ist es eine genuine Aufgabe von Katholikentagen, Fragen aufzugreifen, die sich in dem gegenseitigen Verhältnis von Kirche und Welt jeweils stellen. Katholikentage sind ein Ort des Dialogs zwischen Kirche und Welt, sie sind wie das Laienapostolat gleichzeitig in der Kirche und in der Welt angesiedelt. Sie sind ein gesellschaftliches Strukturelement in der Kirche und ein kirchliches Strukturelement in der Gesellschaft. Gleichzeitig vermitteln sie die jeweiligen Zeitfragen der Menschen in der Kirche sowie christlich inspirierte Impulse in der Welt. Sie sind ein Umschlagplatz für Gedanken, Ideen, Impulse und Bemühungen zwischen Kirche und Welt.

* Vortrag des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Dr. Friedrich Kronenberg, vor der Mitgliederversammlung des Deutschen Katholischen Missionsrates am 7. Juni 1978 in Würzburg.

Sie sind sowohl Brückenkopf gesellschaftlicher Kräfte in der Kirche als auch Brückenkopf kirchlicher Kräfte in der Gesellschaft.

Katholikentage hatten immer diese doppelte Funktion zu erfüllen. Die Geschichte der Katholikentage gibt davon Zeugnis. Ich möchte nur zwei Beispiele erwähnen, die deutlich machen, wie sehr Katholikentage dazu beigetragen haben, daß gesellschaftliche Anfragen neue Antworten in der Kirche fanden. Ich erinnere an die Gründung des Bonifatiusvereins vor mehr als 100 Jahren. Hier waren es deutsche Katholiken, die aufgrund ihrer gesellschaftlichen Erfahrungen in der Diasporasituation die Gründung dieses Werkes auf einem Katholikentag anregten und teils gegen den Widerstand, teils gegen das Unverständnis von kirchlichen Amtsträgern durchsetzten. Oder ich erinnere, um ein Beispiel aus der jüngeren Zeit zu nehmen, an die Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland, die ihren Ausgangspunkt ebenfalls auf einem Katholikentag genommen hat. Entscheidender sind jedoch die Beispiele aus der Geschichte der Katholikentage, die kirchliches Wirken in der Gesellschaft beinhalten. Ich erinnere an die katholische Soziallehre und an die katholische Sozialbewegung, die ohne die Katholikentage nicht denkbar sind. Ich könnte auch an kirchliche Beiträge zur Frage der Mitbestimmung erinnern, für die der Bochumer Katholikentag 1949 bedeutsam war. Kurzum, Katholikentage waren zwar immer Foren der öffentlichen Meinung in der Kirche, sie waren aber vor allem und entscheidend Foren kirchlichen Meinens und Wollens in der Öffentlichkeit. Die Geschichte der Katholikentage ist ein Spiegelbild der Geschichte des deutschen Katholizismus der letzten 130 Jahre, angefangen von dem ersten Katholikentag 1848 in Mainz, der in einer deutlichen Verbindung zur Frankfurter Paulskirche stand, über die Katholikentage des Kulturkampfes und der Auseinandersetzung um die soziale Frage im 19. Jahrhundert, bis hin zu den Katholikentagen in den 20er Jahren, mit ihren Bemühungen um die politische Beheimatung der Katholiken in der Weimarer Republik, und zu den Katholikentagen der 50er und 60er Jahre, mit ihren Anstößen zum Aufbau einer neuen Staats- und Gesellschaftsordnung auf der Grundlage des gerade auch von Katholiken mitgeschaffenen Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

Im Grunde waren es also die Erfahrungen um die Grundwerte-Diskussion der letzten zwei Jahre, die zu dem Leitwort des Freiburger Katholikentages „Ich will euch Zukunft und Hoffnung geben“ geführt haben. Denn Zukunft und Hoffnung sind für uns Christen keine die Gegenwart überspielende Futurologie. Nur eine Politik, die sich im Sinne christlicher Weltverantwortung an gültigen gesellschaftlichen Grundwerten orientiert, ist eine Politik mit Zukunft. Katholikentage müssen Brückenköpfe gesellschaftspolitischer Verantwortung der Kirche in der Welt sein. Der Katholikentag in Freiburg muß daher die Frage nach den Grundwerten unseres gesellschaftlichen und politischen Zusammenlebens aufgreifen.

Ich darf zunächst in Erinnerung rufen, wie es zu der öffentlichen Grundwerte-Diskussion überhaupt gekommen ist. Ausgelöst wurde diese Diskussion durch einige rechtspolitische Reformen der sozialliberalen Koalition. Ich erinnere an die Auseinandersetzungen um die Abtreibung und um Fragen des Ehe- und Familienrechts. Hinzu kamen bildungspolitische Auseinandersetzungen um die Fragen von Schule und Erziehung. In diesen Diskussionen wurde deutlich, wie sehr der Konsens, die Übereinstimmung in Grundüberzeugungen in unserer Gesellschaft geschwunden war und wie sehr der ethische Gehalt des Rechts immer mehr zusammenschrumpfte. Die deutschen Bischöfe haben in ihrer Erklärung „Gesellschaftliche Grundwerte und menschliches Glück“ vom 7. Mai 1976 diese Entwicklung folgendermaßen zusammengefaßt: „Nun zeigen sich gegenwärtig Verschiebungen im Wert- und Normbewußtsein unserer Gesellschaft. Viele Bürger stehen kritisch, wenn nicht ablehnend gegenüber verpflichtenden Ansprüchen des Sittengesetzes. Die personale Verantwortung des einzelnen wird oft mit subjektiver Beliebigkeit vertauscht... Die Unsicherheit im Wertbewußtsein äußert sich häufig in einer eigenartigen Unklarheit der Begriffe. Grundwertbezeichnung wie Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit werden ideologisch besetzt und mit beliebigen Inhalten gefüllt“. In ähnlichem Sinne hat sich das Zentralkomitee der deutschen Katholiken in seiner Vollversammlung am 22. Mai 1976 in seiner politischen Erklärung zur Bundestagswahl geäußert.

Es ist sicherlich richtig, wenn wir die Aushöhlung gemeinsamer Grundwerteüberzeugungen als eine gesellschaftliche Entwicklung kennzeichnen, mit der wir konfrontiert sind. Wir sollten uns aber nicht mit der Feststellung von Trends begnügen, sondern auch nach ihren Ursachen forschen. Eine Ursache, die nicht einfach mit herrschenden gesellschaftlichen Trends abgetan werden kann, liegt ganz sicherlich beim Verhalten des Staates selbst. Der Staat ist nicht nur Notar, der die Wertüberzeugungen in unserer Gesellschaft registriert, er ist vielmehr auch selbst dafür verantwortlich, daß die Werte in unserer Gesellschaft lebendig und wirkräftig bleiben, auf die er um seiner Existenz willen angewiesen ist. Nun kann aber nicht bestritten werden, daß die Aushöhlung gemeinsamer Grundwerteüberzeugung auch vom Staat selbst, genauer von bestimmten parlamentarischen Mehrheiten, durch konkret zu benennende Gesetzesvorhaben mit betrieben wurde. Der strafrechtliche Schutz für das ungeborene Leben wurde preisgegeben. Ehe und Familie wurden weitgehend der Beliebigkeit privater Einzelinteressen überantwortet. Erzieherische Ziele in der Bildung unserer jungen Generation ließ man bewußt zu Lernzielen verkümmern. Hier waren wir als Christen natürlich gefordert, denn es ging bei den sogenannten Reformen um nicht weniger als die Preisgabe wesentlicher Inhalte eines humanen, eines menschenwürdigen Lebens. Wir haben daher mit Recht den Staat an seine Verantwortung erinnert, unverkürzt für das

Leben aller einzutreten, an der Institution Ehe als einer grundsätzlich auf Lebenszeit angelegten Gemeinschaft festzuhalten und bei der Erziehung und Bildung unserer jungen Generation nicht außer Acht zu lassen, daß es hier um die Erziehung und Bildung des ganzen Menschen geht. Es ging im Rahmen der Grundwerte-Diskussion auch darum, den Staat an seine Pflicht zu erinnern, seinerseits alles zu tun, daß ethische Grundüberzeugungen das Fundament unserer staatlichen Ordnung sind und lebendig bleiben, damit nicht aufs Spiel gesetzt wird, was 1949 im Grundgesetz unserer Bundesrepublik Deutschland übereinstimmend von allen als Grundlage unseres heutigen Zusammenlebens geschaffen wurde.

Nicht ohne Grund spricht das Grundgesetz nach einer Zeit nationalsozialistischen Unrechts und nationalsozialistischer Gewaltherrschaft zunächst von der Würde des Menschen. In den Grundrechten unserer Verfassung zeichnet sich in Grundzügen ein Menschenbild ab, das damals weitestgehend Zustimmung fand. Es war auch eine Antwort auf den Nationalsozialismus, daß das Bonner Grundgesetz den Vorrang der Grundrechte gegenüber aller öffentlichen Gewalt eindeutig festschrieb. Alle wesentlichen politischen Gruppierungen hatten damals angesichts der gemeinsamen Erfahrung von Unfreiheit, Willkür und Zerstörung der Menschenwürde einen ausgeprägten Konsens über diese Grundrechte. Und es gilt heute, an diesen übereinstimmenden Überzeugungen, die unser Grundgesetz ermöglicht haben, wieder anzuknüpfen und zu fragen, wie ein tragfähiger Konsens in unserer Gesellschaft zurückgewonnen werden kann.

In diesem Zusammenhang gilt es natürlich nüchtern festzustellen, daß der Verfall von Grundwerteüberzeugungen nicht nur eine Sache der letzten Jahre war. Die geistige Dimension unserer Grundwerte ist in den Jahren des Aufbaus und des wirtschaftlichen Wohlstandes nur wenig entfaltet worden. Die politische Integration in den 50er Jahren gelang überwiegend durch andere Faktoren, nicht zuletzt auch durch die Persönlichkeit Adenauers, weniger jedenfalls durch gemeinsame geistige Anstrengungen unseres Volkes, Grundwerte, Menschenrechte und Menschenbild unserer Verfassung zur einigenden Grundlage aller politischen Bemühungen zu machen. Ich kann diese Entwicklung hier nur streifen. Der wirtschaftliche Rückschlag 1966/67 und die Protestbewegung der deutschen Jugend und Studentenschaft ab 1968 haben jedenfalls geoffenbart, welches geistige Defizit in den Anfangsjahren unserer Republik geblieben war.

Auch die Kirche hat hier sicherlich versagt. Die Katholische Soziallehre verlor ihre bestimmende politische Kraft und wir standen Ende der 60er Anfang der 70er Jahre oft genug hilflos vor neuen Situationen und waren nicht selten mehr mit innerkirchlichen Strukturreformen beschäftigt, als uns um die geistige und moralische Substanz für unseren christlichen Beitrag in Gesellschaft und Staat zu kümmern. Ethische Grundüberzeugungen, die nach dem Nationalsozialismus den Anfang unserer Republik bestimm-

ten, waren im Pragmatismus, ja auch Materialismus der 50er und 60er Jahre weithin untergegangen. Und häufig genug wurden wir erst wieder richtig wach, als Begriffe wie Frieden, Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit und Menschenwürde von anderen mit anderen Inhalten besetzt waren, nicht zuletzt mit Inhalten, die von der Grundlage einer neomarxistischen Ideologie entwickelt wurden.

So bitter dieses Erwachen war, so froh können wir darüber sein, daß es dieses Erwachen jedenfalls gegeben hat. Heute ist bei uns Christen der Sinn für Grundfragen menschlichen Lebens und menschlichen Zusammenlebens wieder stärker entwickelt. Der Mönchengladbacher Katholikentag 1974 mit seiner Neuentdeckung der Katholischen Soziallehre hat das deutlich gemacht. Die Tatsache, daß sich alle nennenswerten politischen Kräfte an der Grundwerte-Diskussion, die wir begonnen haben, beteiligen, zeigt, daß es durchaus Chancen auch für einen geistigen Neuanfang gibt. Die Kirche gehört zu den ganz wenigen Kräften in unserer Gesellschaft, denen es möglich ist, Themen im öffentlichen Gespräch anhängig zu machen. In der Grundwerte-Diskussion ist ihr das gelungen. Nun liegt es an uns, nicht stumm zu bleiben, sondern mitzureden und mitzuhandeln und in diesem Sinne auch die Chance des Freiburger Katholikentages wahrzunehmen, damit die geistigen und sittlichen Grundlagen unseres gesellschaftlichen und politischen Zusammenlebens wieder gestärkt werden.

Ich denke, es ist an der Zeit, einen Moment innezuhalten und zu fragen, was wir denn eigentlich unter Grundwerten verstehen wollen. Es gibt keine gültige Definition, mit der sich jedermann einverstanden erklärt. Im Grunde meinen wir mit Grundwerten die Werte, die das Fundament für das menschliche Zusammenleben in Gesellschaft und Staat sind, die als Fundament eben unverzichtbar sind, weil dem Zusammenleben sonst die Grundlage entzogen würde und die im Grunde vom Konsens aller Menschen getragen sein müssen, weil ohne diesen Konsens, ohne diese innere Übereinstimmung ein Zusammenleben aller Menschen in Freiheit, in der Staatsform der Demokratie nicht möglich ist.

Häufig versteht man unter Grundwerten einfach die Grundrechte, die den ersten Teil unserer Verfassung bilden. Die Würde des Menschen, die unantastbar ist, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, das Recht auf Leben, der Gleichheitsgrundsatz, die Religionsfreiheit, die Meinungsfreiheit, der staatliche Schutz für Ehe und Familie, das Erziehungsrecht der Eltern als ein natürliches Recht, das Recht auf die Erteilung des Religionsunterrichts, das Versammlungsrecht, das Vereinigungsrecht, das Briefgeheimnis, das Recht auf Freizügigkeit, das Recht auf freie Berufswahl, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen, das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung, das Eigentumsrecht und das Asylrecht, um nur die wichtigsten zu nennen. Sicherlich gehören diese Grundrechte zu den Grundwerten, die das Fundament unseres Zusammen-

lebens sind. Es gehört aber ganz sicherlich auch dazu, was sich auf dem Hintergrund dieser Grundrechte institutionell ausprägt, also das, was man vielleicht als institutionelle Grundwerte bezeichnen könnte. Ich denke an Ehe, Familie, Eigentum — auch die Sozialpflichtigkeit des Eigentums —, die Rechtsordnung, unseren Staat als Rechts- und Sozialstaat, ja letztlich an die demokratische Verfassung unseres Staates.

Nicht zuletzt denkt man bei den Grundwerten auch an die sogenannten politischen Grundwerte: Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit, mit denen ich mich im folgenden näher befassen möchte. Die politischen Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind sowohl als Grundwerte im Godesberger Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 1959 genannt, als auch politische Grundwerte des Entwurfs eines neuen Grundsatzprogramms der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, das zur Zeit diskutiert wird. Ich glaube schon, daß die politischen Grundwerte Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit — in der Französischen Revolution hießen sie noch Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit — auch Schlüsselbegriffe unserer politischen Zukunft sind. Es wird aber — auch jetzt beim Katholikentag — entscheidend darauf ankommen, daß diese politischen Grundwerte nicht leere Worthülsen bleiben, sondern mit Inhalt gefüllt werden, und zwar wie ich meine, mit dem Inhalt, der dem christlichen Verständnis vom Menschen entspricht, und nicht etwa dem marxistischen Menschenbild. Wir sollten uns auch nicht scheuen, darauf hinzuweisen, daß sich unser Verständnis vom Menschen nicht im Diesseitigen erschöpft, sondern daß der Mensch auch in einem transzendenten Bezug steht, das heißt, daß die Wirklichkeit Gottes sowohl Ursprung als auch Ziel menschlichen Lebens ist. Politische Grundwerte, wie wir sie heute in allen Verfassungen freiheitlicher Staaten vorfinden, sind das Ergebnis einer langen christlichen Tradition. Die Würde des Menschen, die Freiheit, die Solidarität, die Gerechtigkeit bleiben letztlich unbegründet, wenn sie nicht in Gott begründet sind. So sehr diese Wertvorstellungen heute auch säkularisiert sind — wenn wir sie von ihrem christlichen Wurzelboden abschneiden, verkümmern sie. Es wird beim Katholikentag also darauf ankommen, daß dieser christliche Wurzelboden deutlich bleibt und so die Grundwerte in der christlichen Idee des Menschen verwurzelt bleiben.

Die Verwirklichung dieser Grundwerte verlangt zu einer jeden Zeit neue Anstrengungen. Es gibt hier keine Rezepte, die immer gelten, vielmehr ist die Aufgabe, Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit miteinander in Einklang zu bringen, in jeder Phase unserer Geschichte neu gestellt. Jede Zeit verlangt nach neuen Antworten und die Grundwerte sind nicht zu bewahren, wenn man sklavisch an überkommenen Mustern festhält. Sie sind auch nicht zu bewahren, wenn man sich nicht jederzeit ernsthaft unter ihren fordernden Anspruch stellt. Als Christen wissen wir, daß sich unsere Zukunft letztlich menschlicher Planbarkeit und Machbarkeit entzieht. Gott

ist der Anfang und das Ziel allen menschlichen Lebens. Zwischen Herkunft und Zukunft liegt die Freiheit für die eigene Geschichte, die gleichzeitig Verantwortung für die eigene Geschichte ist, und wenn wir als Christen die Gegenwart gestalten, so wissen wir um die geschichtlichen Wurzeln, um unseren Ursprung genauso wie um das ewige Ziel, das uns verheißen ist: Die verheißene Vollendung jenseits unserer irdischen Existenz relativiert unser gesellschaftliches und politisches Handeln heute, begründet dieses Handeln aber zugleich auch als unseren Beitrag zum Kommen des Reiches Gottes.

Die Grundwerte Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit werden heute nicht nur von überzeugten Christen vertreten, vielmehr werden sie heute in ihrem allgemeinsten Verständnis von jedermann akzeptiert. Das aber genügt nicht. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit können jederzeit in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn man diese Werte isoliert oder falsch interpretiert. Hier stellt sich die große Aufgabe des Katholikentages, nämlich von der Heilsbotschaft inspiriert, diese Grundwerte mit dem Leben zu erfüllen und mit dem Sinngehalt auszustatten, daß sie wirklich dem Menschen und seiner Würde dienen und ihn nicht zum Baustoff einer ideologisch fehlprogrammierten Welt erniedrigen. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind Herausforderungen unserer Zeit an uns Christen. Aus diesen Grundwerten heraus ist aktuelle Politik zu gestalten und zu beurteilen. Wenden wir uns daher zunächst diesen drei politischen Grundwerten ein wenig näher zu, bevor wir uns einige politische Aufgabenfelder vornehmen, die damit in einem engen Zusammenhang stehen und die auch beim Katholikentag angesprochen werden.

Zunächst zur Freiheit: Merkwürdige Vorstellungen werden häufig mit dem Begriff der Freiheit verbunden: Emanzipation von überkommenen Normen, herrschaftsfreie Strukturen, Überwindung fortschritthemmender Verhältnisse, staatlich garantierte Beliebigkeit in der Gestaltung des gesellschaftlichen und persönlichen Lebens, um nur einige Beispiele zu nennen. Viele gängige Freiheitsformeln sind allerdings nur zu verstehen als ein Streben nach Freiheit von etwas und nicht als ein Streben nach Freiheit für etwas: etwa für die Gestaltung der Welt, für die Übernahme konkreter Verantwortung, für die Lösung bestimmter Aufgaben. Ich erinnere an politische Diskussionen zu Themen wie Abtreibung, Scheidungsrecht, elterliches Sorgerecht, Landesverteidigung oder Entwicklungspolitik. Immer haben wir es in solchen Diskussionen auch mit einem emanzipatorischen Freiheitsverständnis zu tun, das jedoch Menschen nicht frei macht zur Verantwortung für das Leben, für Ehe und Familie, für die Verteidigung unseres Staates und für die Eröffnung sozioökonomischer und personaler Entwicklungschancen, sondern das eine Beliebigkeit suggeriert, auf Grundwerte und gemeinsame ethische Fundamente weitgehend verzichtet und somit langfristig zu neuen Abhängigkeiten führt. Es bleibt jedoch

nicht nur die Freiheit, sondern auch die Demokratie auf der Strecke, wenn Mehrheiten über Menschenrechte und Grundwerte menschlichen Zusammenlebens beliebig verfügen. Das demokratische Ethos verschwindet, wo der einzelne Bürger als Person und wo die Gemeinschaft nicht mehr durch das Recht so geschützt sind, wie es auch für einen demokratisch verfaßten Staat unabdingbar ist. Freiheit wird Willkür, wenn sie nicht in der Verantwortung vor dem Mitmenschen, ja in der Verantwortung vor Gott gebunden bleibt.

Freiheit und Verantwortung gehören eng zusammen. Nur wer frei ist, kann Verantwortung tragen und nur wer sich für die Verantwortung freimacht, kann freibleiben. Das heißt, daß wir mitverantwortlich sind für die Freiheit unseres Mitmenschen, für die Freiheit unseres Staates, und nur wenn wir diese Mitverantwortung wahrnehmen, haben wir Chancen, unsere eigene Freiheit zu erhalten. Wir müssen die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse so gestalten, daß der Mensch sich frei entfalten kann, daß er nicht von Staat und Gesellschaft bevormundet wird, sondern daß er in Verantwortung für das Ganze auch sein persönliches Leben frei führen kann. Freiheit ist ein Geschenk, ein Geschenk Gottes. Weder der Mensch noch die Gesellschaft noch der Staat können Freiheit begründen. Und da Freiheit ein Geschenk Gottes ist, kann weder die Gesellschaft noch der Staat über sie verfügen. Da Freiheit ein Geschenk Gottes ist, bleibt sie auch unauflöslich mit der Verantwortung verbunden. Diese Verantwortung erstreckt sich auf die eigene Person wie auf die der Mitmenschen, und so ist Freiheit schließlich nur in Solidarität mit anderen Menschen zu verwirklichen. Freiheit ohne Solidarität wäre subjektive Beliebigkeit, so wie Solidarität ohne Freiheit totalitären Zwang bedeuten würde.

Nun zur Solidarität: Freiheit, die verantwortet wird, führt also zur Solidarität. Das heißt, daß die Menschen füreinander einstehen müssen, etwa in der sozialen Sicherung, also in der Absicherung solcher Risiken, die nur die Gemeinschaft übernehmen kann. Das darf jedoch nicht dazu führen, daß der Staat den einzelnen bevormundet, indem er ihm alle Aufgaben und alle Risiken abnimmt. Vielmehr müssen das System der sozialen Sicherung und die Anforderung an die Bürger zu eigener Initiative und zu eigener Verantwortung sich gegenseitig ergänzen. Aber die Solidarität gilt nicht nur für materielle Dinge. Es geht hier auch um das persönliche Miteinander. Daher dürfen die großen gesellschaftlichen und politischen Strukturen nicht anonym werden, sie müssen überschaubar bleiben, so daß der einzelne erlebbar auch Verantwortung für die Mitmenschen wahrnehmen kann. Solidarität ohne Subsidiarität, also ohne auch die kleinen Gemeinschaften ihre eigenen Aufgaben wahrnehmen lassen, führt immer zu anonymen und totalitären Entwicklungen. Solidarität verbindet die Menschen mit Rechten und Pflichten, verbindet sie in der Teilung der Arbeit wie in der Teilung

der Leistung. Aber diese Verbundenheit darf nicht zur Abhängigkeit werden, soll sie nicht die Freiheit des einzelnen bedrohen.

Damit kommen wir schließlich zum dritten Grundwert, dem der Gerechtigkeit. Solidarische Verbundenheit in Freiheit erfordert Gerechtigkeit. Nur wenn Güter und Chancen möglichst gerecht verteilt sind, kann sich der einzelne als Person frei entfalten, gerät der einzelne nicht in menschenunwürdige Abhängigkeit. Grundlage der Gerechtigkeit ist, daß alle Menschen in ihrer Würde gleich sind ohne Rücksicht auf individuelle Leistung oder Versagen. Damit sich jeder Mensch frei entfalten kann und in die Lage versetzt wird, Verantwortung für sich selbst und für die Gemeinschaft zu übernehmen und Solidarität zu den Mitmenschen zu üben, ist es eine Forderung der Gerechtigkeit, jedem die dafür erforderliche Chance einzuräumen. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, daß jeder die Chancen erhält, die es ihm ermöglichen, sich selbst entsprechend seinen Anlagen zu entfalten und seine Fähigkeiten in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Chancengleichheit in diesem Sinne ist eine Forderung der Gerechtigkeit. Jeder Mensch hat Anspruch auf die Chancen, die seinen Anlagen und Fähigkeiten entsprechen. Dabei wissen wir, daß es eine mathematische Gerechtigkeit nicht gibt. Die Geschichte der Menschen vollendet sich nicht in dieser Zeit, sondern in einer Zukunft, die vor uns liegt und die uns jenseits unserer begrenzten vorläufigen Welt verheißen ist. Trotzdem sind wir in dieser Welt zu äußersten Anstrengungen verpflichtet, allen Menschen zu ihren Lebenschancen zu verhelfen und Ungerechtigkeiten auszugleichen. Nur in Gerechtigkeit sind Freiheit und Solidarität im Zusammenleben der Menschen zu verwirklichen.

Ich möchte diese grundsätzlichen Bemerkungen nun ein wenig konkretisieren, verdeutlichen an Problemstellungen, die sich in der Politik unserer Tage abzeichnen und die beim Katholikentag sicherlich eine Rolle spielen werden. Zunächst zum Grundwert der Freiheit. Neben der Menschenwürde ist es die Freiheit, die das Fundament unserer politischen Zukunft ausmacht. Dabei müssen wir uns klarmachen, daß es der Staat ist, der durch seine Ordnung, durch das Recht und die konkrete Politik unsere Freiheit sichert, daß es aber gleichzeitig auch der Staat ist, der gegenwärtig die Freiheit der Bürger nicht geringfügig bedroht. Ich meine, die ständige Versuchung des Staates, nach Omnipotenz zu streben, alles selbst machen zu wollen und den einzelnen Bürger und die gesellschaftlichen Gruppen in ihrer Verantwortung verkümmern zu lassen. Ich möchte ganz schlicht einen Grundsatz in Erinnerung bringen, der an sich selbstverständlich sein sollte: Nicht alle öffentlichen Aufgaben sind Staatsaufgaben! Auch gesellschaftliche Kräfte nehmen öffentliche Aufgaben wahr: die Gewerkschaften, wenn sie Tarifverträge abschließen, die Kirchen, wenn sie verkünden, daß die Grundrechte und Grundwerte in Gott verankert sind, die freien Träger, wenn sie Krankenhäuser, Schulen und Kindergärten unterhalten und

wenn sie in der Sozialarbeit, in der Erwachsenenbildung, in der Jugendarbeit, in der Familienarbeit — um nur einige wenige Beispiele zu nennen — tätig sind. Unsere Gesellschaft, ihre Wirtschaft und ihre Kultur sind auf die Initiative einzelner und freier Gruppen angewiesen. Das gilt auch für den Staat, der in den letzten Jahren zunehmend versucht war, verschiedene Bereiche des Engagements freier gesellschaftlicher Träger, Gruppen und Kräfte zu verstaatlichen. Ich denke hier insbesondere an Vorgänge in der Schul- und Hochschulpolitik, in der Erwachsenenbildung, in der Sozialarbeit, in der Jugendhilfe und auch im Gesundheitswesen. Immer wieder ist der Versuch festzustellen, den Vorrang gesellschaftlicher Kräfte vor staatlicher Tätigkeit aufzugeben, also das Subsidiaritätsprinzip zu beseitigen und als etwas längst überfälliges, das in die heutige Zeit nicht mehr paßt, hinzustellen. In Wirklichkeit entzieht man jedoch dem demokratischen Staat ein Stück seiner Basis, wenn man gesellschaftlichen Kräften die Existenzmöglichkeit nimmt, indem man sie von politischen Produktivkräften zu bloßen Konsumenten von Staatsleistungen verkümmern läßt. Daher müssen wir in den politischen Auseinandersetzungen immer wieder klar machen, daß es bei den von der Kirche beanspruchten Tätigkeitsfeldern nicht um Privilegien für die Kirche geht. Wenn es überhaupt um Privilegien geht, dann geht es nicht um Privilegien für die Kirche, sondern um Privilegien für die Gesellschaft, und die Gesellschaft kann auf das Privileg eigenverantwortlichen gesellschaftspolitischen und sozialen Handelns nur verzichten, wenn sie totalitären Entwicklungen des Staates Platz machen will.

Wenn wir auch in Zukunft wollen, daß der Staat letztlich wir selbst sind, dann müssen wir beim Katholikentag allen Tendenzen zu einem totalitären Versorgungs- und Verwaltungsstaat ein entschiedenes Nein entgegensetzen. Unsere Forderung nach einem gebührenden Rahmen für ein eigenverantwortliches Handeln gesellschaftlicher Kräfte ist alles andere als eine Forderung, die sich gegen den Staat richtet, diese Forderung verfolgt vielmehr das Ziel, dem Staat in der Gesellschaft die Basis zu sichern, die er als demokratischer Staat lebensnotwendig braucht. Wer einen demokratischen Staat in einer freien Gesellschaft will, der wird sich auch bereits Anfängen solcher Verstaatlichungstendenzen widersetzen müssen.

Verstehen wir uns recht, ich bestreite in keiner Weise die Zuständigkeit des Staates, die sich aus seiner Verantwortung für das Gemeinwohl ergibt. Ich möchte lediglich an die weitere Zuständigkeit des Staates erinnern, dafür Sorge zu tragen, daß die gesellschaftliche Basis, auf die er gerade als demokratischer Staat angewiesen ist, nicht verkümmert oder verloren geht. Vielmehr geht es darum, daß der Staat die gesellschaftliche Basis respektiert und im Rahmen der staatlichen Verantwortung für das allgemeine Wohl fördert. Der demokratische Staat hat nur dann eine Zukunft, wenn er in seiner gesellschaftlichen Basis lebendig bleibt.

Auch in der Außenpolitik müssen sich heute die politischen Bemühungen stärker an der Durchsetzung und Sicherung der Menschenrechte als den Garanten unserer Freiheit orientieren. Diese Forderung gilt für die Außenpolitik gegenüber sämtlichen Ländern, in denen Menschenrechte verletzt werden, gleichgültig ob diese Länder nach linkem oder rechtem Schema regiert werden. In Europa stellt sich uns die besondere Aufgabe, unsere Solidarität mit den Menschen in Osteuropa ernstzunehmen. Eine Ostpolitik der Regierungen bleibt Stückwerk, wenn sie nicht durch eine wirkliche Verständigung, ja Freundschaft zwischen den Völkern ergänzt wird. Wir werden uns beim Katholikentag darum bemühen, in Richtung Polen weitere Schritte zu tun. Diese Verständigung wird jedoch sehr erschwert, ja wird fast unmöglich gemacht, wenn in den kommunistisch regierten Ländern Osteuropas die Menschenrechte nicht tatsächlich anerkannt und die Grundfreiheiten nicht tatsächlich gewährt werden. Wir wissen beispielsweise, daß die Aufgabe der Verständigung, ja der Versöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk keineswegs abgeschlossen ist, ja in mancher Hinsicht noch erst begonnen werden muß. Wenn aber der polnische Staat die in der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beschlossenen Verbesserungen für menschliche Kontakte, für Freizügigkeit und Austausch von Informationen seinen Bürgern nicht tatsächlich gewährt, dann behindert er aufs schwerste ernsthafteste Bemühungen um Verständigung und Versöhnung. Wir sollten nicht müde werden, von unseren Politikern immer wieder zu fordern, daß sie für die Gewährung der Menschenrechte im Sinne der Schlußakte von Helsinki in allen Ländern Osteuropas nachdrücklich eintreten und zukünftig die Verständigungsbereitschaft kommunistisch regierter Staaten auch an der Gewährung dieser grundlegenden Rechte tatsächlich messen.

Gott sei Dank konnten sich im freien Europa freundschaftliche Beziehungen zwischen den Völkern ungehinderter entwickeln. Das wird sich auch beim Freiburger Katholikentag zeigen. So konnte auch die Bundesrepublik Deutschland Vertrauen erringen, und dieses Vertrauen muß befestigt und vertieft werden. Das freie Europa muß sich in den nächsten Jahren enger zusammenschließen, wir müssen dem vereinigten Europa etwa durch die europäischen Direktwahlen ein gutes Stück näher kommen. Wir alle sind aufgerufen, zu einem stärkeren europäischen Bewußtsein unter den Katholiken beizutragen. Von unseren Anstrengungen hängt es entscheidend ab, ob Europa eine totalitäre oder freiheitliche Zukunft hat. Ersparen wir unseren Parteien nicht die Frage, wie ihr Modell für Europa konkret aussieht. Wir wollen weder ein Europa, das sich in Kohle- und Butterpreisen erschöpft, noch ein Europa, das sich über Volksfrontzusammenschlüsse auf den Weg in den Kommunismus begibt. Europäische Kultur gründet auch im Christentum, und wenn wir Christen es schaffen, unsere europäische Gemeinsamkeit wieder stärker zu entdecken, dann wird uns keine andere

Kraft Europas in der Gestaltung der gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Verhältnisse überlegen sein. Es liegt an uns, was wir aus diesem Europa machen, einen Lebensraum, in dem Menschenwürde, menschlicher Geist und menschliche Arbeit sich in Freiheit und Solidarität entfalten können oder ein gigantisches Lagerhaus, in dem neben der Butter und der Kohle auch die Menschen selbst eingelagert, registriert und verwaltet werden. Haben wir den Mut, trotz aller kommunistischen Bedrohung ein entschlossenes Ja zu Europa zu sprechen und machen wir als Christen Ernst, dieses Europa aus unserem Geist heraus zu gestalten. „Christliche Investitionen in die Zukunft Europas“ wird daher das Thema der Freiburger Europakundgebung sein, auf der Leo Tindemans sprechen wird.

Wenden wir uns einigen Überlegungen zum Grundwert der Solidarität zu, der ebenfalls im Mittelpunkt vieler Themen des Katholikentages stehen wird. Wie sehr wir diese Solidarität ernstnehmen, wird in Zukunft vor allem daran gemessen werden, ob es uns gelingt, unseren Sozialstaat zu wahren und weiter auszubauen. Wir dürfen auf unseren Sozialstaat stolz sein, wie er nach dem letzten Krieg auf der Grundlage der Verfassung Stück für Stück verwirklicht wurde. Das heißt nicht, daß die Entwicklung zum Sozialstaat abgeschlossen ist. Aber es wäre auch töricht, das Erreichte leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Unser Sozialstaat steht in einer Bewährungsprobe. Wirtschaft und Finanzen sind in den vergangenen Jahren häufig überfordert worden. Die Inflation der Ansprüche ist an die Grenzen finanzieller Belastbarkeit von Staat und Wirtschaft gestoßen. In Zukunft sind Einschränkungen notwendig. Aber diese Einschränkungen dürfen nicht den Sozialstaat selbst gefährden. Nicht soziale Demontage, sondern Weiterentwicklung des Sozialstaates muß trotz aller Schwierigkeiten die Losung sein. Das kann aber nur gelingen, wenn wir uns in Zukunft stärker auf die Menschen konzentrieren, die wirklich einer sozialen Hilfe bedürfen. Nicht immer sind die Gruppen die Bedürftigsten, die am lautesten rufen. Es gibt auch heute noch viel versteckte Not und Armut in unserem Land. Hier gilt es vornehmlich zu helfen. Im übrigen wird es darauf ankommen, die Einkommensverteilung so zu gestalten, daß Menschen nicht unverschuldet in Not kommen, obwohl sie ihr bestes leisten. Trotz Wohlstand sind in unserem Land immer mehr Bürger auf Sozialhilfe angewiesen. Ein Familienvater mit mehreren Kindern, der ein durchschnittliches Einkommen hat, kann heute häufig genug seine Familie ohne Sozialhilfe nicht mehr unterhalten. Unser Familienlastenausgleich, der seit Jahren stiefmütterlich behandelt wurde, ist trotz aller Verbesserungen eines hochentwickelten Sozialstaates einfach nicht würdig.

Schließlich einige Anmerkungen zum Grundwert der Gerechtigkeit. Wir sollten beim Katholikentag — und die katholischen Verbände haben sich dieser Aufgabe besonders angenommen — vor allem mehr Gerechtigkeit für unsere Familien fordern, denn die Familie mit Kindern ist heute wirt-

schaftlich und sozial besonders benachteiligt. Die steigenden Lebenshaltungskosten haben das Kindergeld immer mehr entwertet und damit den Ausgleich für die Lasten, die die Familie für die Allgemeinheit trägt, verringert. Bis heute erhalten Mütter keinen Ausgleich für Leistungen, die sie ihrer Kinder wegen in der Familie erbringen und die sie auf Erwerbstätigkeit und den Aufbau einer eigenen sozialen Sicherung verzichten lassen. So lange hier nicht ein finanzieller Ausgleich erfolgt, kann von einer öffentlichen Anerkennung der Leistungen der Mütter durch den Staat nicht gesprochen werden.

Die Forderung nach mehr Gerechtigkeit für unsere Familien hat jedoch nicht nur eine materielle Seite, es geht auch darum, daß die Familie als Institution in unserer Gesellschaft ihren Raum behält, daß sie als Institution nicht abgewertet und ihr Erziehungsrecht nicht vermindert wird. Wenn im Familienbericht der Bundesregierung festgestellt wurde, daß die Eltern ihre Kinder im Auftrag der Gesellschaft erziehen, dann ist das einfach falsch und Ausdruck eines sozialistischen Verständnisses vom Menschen. Wir werden auch in Zukunft, insbesondere auch bei der anstehenden Änderung des elterlichen Sorgerechts für das Erziehungsrecht im Sinne eines natürlichen Rechts der Eltern eintreten müssen. Wir können uns nicht damit abfinden, daß die Familie als Institution in Frage gestellt wird, daß sie reduziert wird auf bestimmte Funktionen kindlicher Sozialisation, also auf die Eingliederung der Kinder in die Gesellschaft, die zudem noch im Auftrag der Gesellschaft oder des Staates wahrgenommen werden soll. Wir können nicht zulassen, daß unsere Familien staatliche Vollzugsanstalten werden. Wir erwarten, daß die politischen Parteien, Parlamente und Regierungen den ursprünglichen und unverwechselbaren Eigenwert der Familie betonen und unterstützen. Die Familie muß in ihrem Bestand und in ihrer Funktionsfähigkeit als personale Lebensgemeinschaft und als Institution gestärkt werden. Alle Reformen im Bereich von Ehe und Familie, auch die in diesen Tagen diskutierte Reform des elterlichen Sorgerechts, müssen auf diese Stärkung abzielen. Nur so können wir die Unabhängigkeit der Familie gegenüber den Kräften, die die Aufgaben der Familie vergesellschaften wollen, stärken. Nur so kann dem ständigen Abbau der elterlichen Autorität, der die Kinder verunsichert und soziale Schäden zur Folge hat, Einhalt geboten werden. Nur so können Kinder und Jugendliche den Raum der Geborgenheit finden, den sie dringend brauchen, gerade wenn wir sie für ihre vielfältigen Aufgaben in Gesellschaft und Staat befähigen wollen.

Das führt zu der weiteren Forderung, die der Katholikentag deutlich vertreten wird, nämlich mehr Chancen für junge Menschen zu schaffen. Die Bildungsreformen der vergangenen Jahre haben ein erschreckendes erzieherisches Defizit hinterlassen. Sie haben sich so sehr auf die Reform der Strukturen und Organisationen sowie der Lehrpläne konzentriert, daß die

Erziehung der jungen Menschen in ihrer ganzheitlichen Bedeutung oft genug zu kurz gekommen ist. Leistungsdruck, Entpersönlichung und Resignation sind nicht selten Kennzeichen unserer Situation. Junge Menschen belastet das mehr und mehr. Nachdem ihnen jahrelang versprochen wurde, ihre Chancen zu mehren, müssen sie nun eher eine Verringerung ihrer Chancen feststellen. Nicht ideologische Gesichtspunkte haben die Bildungspolitik zu bestimmen, vielmehr geht es um die Aufgabe, junge Menschen zur Selbstbestimmung in sozialer Verantwortung zu befähigen. Ganzheitliche Entfaltung aller personalen Kräfte muß wieder das erzieherische Ziel unserer Schulen werden und nicht die Erziehung zur Konkurrenz in einem ausgeklügelten Punktesystem.

Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit gilt es nicht zuletzt auch im Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt zu verwirklichen. Auch hierauf wird der Katholikentag mit aller Eindringlichkeit hinweisen müssen. Das heißt, daß unsere Hilfe zu allererst den Menschen in diesen Ländern zugute kommen muß, damit ihre Entfaltung, ihr Freiheitsraum gestärkt wird. Nur so können wir erreichen, daß in den Ländern der Dritten Welt, auch dort, wo ein totalitäres System herrscht, von den Menschen selbst eine innere Dynamik in Gang gesetzt wird, die zu persönlicher, gesellschaftlicher und politischer Freiheit hin tendiert. Solidarität heißt, daß wir nüchtern zur Kenntnis nehmen, daß Industrieländer und Entwicklungsländer in steigendem Maße aufeinander angewiesen sind. Industrieländer wie Entwicklungsländer müssen nach Wegen suchen, die weltwirtschaftlichen Beziehungen so zu ordnen, daß sich die Kluft zwischen hochindustrialisierten Ländern und Entwicklungsländern mehr und mehr verringert. Die Gerechtigkeit verlangt, daß wir, die wir von den niedrigen Rohstoffpreisen der Entwicklungsländer profitieren, einen Teil unseres Volkseinkommens zurückgeben und mit dieser Hilfe einen Prozeß der Selbsthilfe der Entwicklungsländer begleiten und unterstützen. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich verpflichtet, 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes als staatliche Entwicklungshilfe zu leisten. Zur Zeit sind wir von diesem Ziel trotz aller Anstrengungen im laufenden Haushaltsplan noch weit entfernt. So viele Aufgaben auch im eigenen Lande zu lösen sein mögen, es ist ein Prüfstein für unsere weltweite soziale Verantwortung, ob wir bald unsere Zusage einlösen oder nicht.

Die zunehmende Reflexion darüber, wie anders wir leben müssen, damit andere überleben können, ist ein Zeichen der Hoffnung. Je mehr wir diese Reflexion in einen intensiven geistigen und kulturellen Austausch mit den Menschen der Dritten Welt einbauen, um so mehr können wir hoffen, daß die erforderliche weltweite Solidarität im materiellen Bereich durch eine weltweite Brüderlichkeit, die im geistigen Austausch gründet, abgestützt wird.

Meine Damen und Herren, ich bin einigen Fragen nachgegangen, die, ausgehend von der Grundwerte-Diskussion, die Arbeit des Freiburger Katholikentages im gesellschaftspolitischen Themenbereich bestimmen werden. Ich habe mich bewußt auf einige Fragen beschränkt, ich weiß, daß es weitere Fragen gibt, insbesondere auch Fragen der Arbeitslosigkeit, Fragen nach der Umwelt, der Kernenergie und den vielfältigen Manipulationsmöglichkeiten, deren sich der Mensch heute in unserer Zivilisation ausgesetzt sieht. Ich will mich trotzdem beschränken und hier gleichsam abbrechen. Und ich kann es um so leichter tun, als ich Sie herzlich einlade, vom 13. bis 17. September zum Katholikentag nach Freiburg zu kommen und sich dort gemeinsam mit den übrigen Teilnehmern die Frage vorzulegen, welche gesellschaftlichen und politischen Anstrengungen uns aufgegeben sind, damit Gott uns Zukunft und Hoffnung schenken kann. Ein Ziel unseres gesellschaftlichen und politischen Engagements ist, die tragenden Grundwerte von Staat und Gesellschaft in unserem Volk wieder mehrheitsfähig zu machen. Das verlangt einen offensiven Einsatz und ein unermüdliches und unbeirrbares Eintreten für diese Grundwerte. Hier kann uns Thomas Morus, dessen 500. Geburtstag wir 1978 begehen, ein leuchtendes Vorbild sein. Thomas Morus ist ein Heiliger und als Politiker für den Grundwert der Ehe eingetreten und hat diesen Einsatz mit seinem Leben bezahlt. Von uns wird heute ein so hoher Einsatz in der Regel nicht verlangt, und trotzdem können wir mit unserem ganzen Leben dafür einstehen, daß Grundwerte in uns und in unserem Volk lebendig bleiben. Und dabei genügt es nicht, sich an die Klagemauer zu stellen. Die Kirche braucht heute Mitarbeiter, die Menschen überzeugen und gewinnen können. Christliche Wertvorstellungen in der Politik sind für die Menschen keine Beeinträchtigung ihrer Freiheit, sie führen zur Befreiung der Menschen. Diese Tatsache gilt es kundzutun. Die politischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind nur dann politische Grundlagen einer Zukunft für alle, wenn sie sich an der Würde des Menschen und am christlichen Menschenbild orientieren. Es ist unsere Aufgabe, diese Grundwerte wieder mehrheitsfähig zu machen. Mehrheiten gewinnt nur, wer die Menschen gewinnt. Und da stehen wir unvermittelt vor der eigentlichen Aufgabe unseres christlichen Apostolats: Menschen zu gewinnen, durch unser eigenes christliches Zeugnis. Behalten wir in dieser Aufgabe den langen Atem, ohne Rücksicht auf taktische Überlegungen und kurzfristige Vor- und Nachteile. Wer sich unerschütterlich und unermüdlich für die Grundwerte in Gesellschaft und Staat einsetzt, dem gehört die Zukunft.